Die Reichskrisis und die Sozialdemokratie.

Von **Parvus.**

1. Die politische Krisis.

Die politische Einsicht des Deutschen Kaisers hat sich mit den Jahren nicht gerade vermindert. Die Impulsivität seines Auftretens hat eher abgenommen als zugenommen. Sein jüngstes englisches Interview war nicht schlimmer als seinerzeit das Krügertelegramm. Wenn es dennoch einen Aufruhr in der bürgerlichen Öffentlichkeit schuf, so liegt das an dem politischen Moment. Die Reichspolitik befindet sich schon längst auf einer schiefen Ebene. Das Interview und seine Aufnahme in England und dem übrigen Ausland haben das in ein grelles Licht gestellt; das löste das Gefühl des Verdrusses aus, und nun mußten die Worte des Kaisers für eine Politik büßen, für die der Kanzler und der Reichstag die volle Verantwortung tragen.[1]

Es ist nicht das Deutsche Reich allein, das vom politischen Mißgeschick verfolgt wird. Frankreich hatte sein Faschoda und hat jetzt sein Marokko. Wie lange ist es her, daß wir Großbritannien in den schlimmsten Verwicklungen an allen Ecken und Enden der Welt sahen? Schon wurde der Zusammenbruch des britischen Weltreichs prophezeit. Tatsächlich bereitet dem kapitalistischen England die Aufrechterhaltung seines Imperiums noch immer schwere Sorgen. Wie war es zur Zeit des Burenkriegs mit Hohn und Spott überhäuft! Der Erfolg deckt alles; doch man zweifelt selbst in den kapitalistischen Kreisen Englands, ob der Burenkrieg die Opfer wert war, die er dem Lande kostete. Spanien mußte im Kriege um die Philippinen die letzten Reste seiner Weltmacht aufgeben. Italien trat einen schmählichen Rückzug vor Abessinien an. Wie es Rußland im Kampfe mit Japan erging, genügt, erwähnt zu haben.

Von Europa aus wurde alle Welt beherrscht — alle Welt lehnt sich jetzt gegen Europa auf. Das ist ein geschichtlicher Prozeß, der viel älter ist als die Bildung von kapitalistischen Staaten in Europa, der mit der Einführung der Feuerwaffen in Europa beginnt und mit der Entwicklung von Militärstaaten bei den unterdrückten Völkern abschließt. Die Herrschaft Europas über die fremden Erdteile wurde indessen unter der Entwicklung einer kapitalistischen Weltproduktion zugleich zu einer wirtschaftlichen Herrschaft; dadurch wurde Europa von jenen Ländern abhängig. Das kapitalistische Europa wurde reich und mächtig auf Kosten der übrigen Welt — die kapitalistische Entwicklung der außereuropäischen Welt erscheint nunmehr als Gefahr für das kapitalistische Europa. Wir sehen, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika die gesamte Neue Welt von Europa unabhängig gemacht haben und mit diesem einen Kampf um die Weltherrschaft führen, der bereits bis nach Europa selbst hinübergegriffen hat. In Ostasien haben die Machtentfaltung von Japan und die Reformbewegung in China dem politischen Vordringen der europäischen Industriestaaten die Wege verlegt. Nunmehr schafft die türkische Re-

[1] In seiner Finanzrede teilte Fürst Bülow mit, daß am 31. August dieses Jahres die dreiprozentige deutsche Reichsanleihe 83 notierte, während die gleichprozentige französische Rente auf 95,30 stand; die vierprozentige deutsche Rente stand fast auf dem gleichen Niveau wie die türkische und spanische Schuld. Das deckt ein ungeahntes Mißtrauen zu der Reichspolitik auf, und doch stammen diese Zahlen aus der Zeit vor dem Kaiserinterview.

volution eine Entwicklung, die Klein- und Westasien dem europäischen Einfluß entziehen dürfte. Südafrika ist auf dem Wege, ein selbständiges politisches Gemeinwesen zu bilden. Und dergleichen mehr. Wir sind noch nicht am Ende dieses geschichtlichen Prozesses, aber die wirtschaftliche und politische Auflehnung der fremden Völker gegen das kapitalistische Europa schafft steigende Verwicklungen und übt dadurch einen Druck auf die Staaten Europas aus, der sie in Streit und Kampf zueinander bringt.

Diese Auseinandersetzung zwischen Europa und der übrigen Welt ist eine wichtige, aber freilich nicht die einzige Ursache jener Machtverschiebungen, die die Pläne der europäischen Diplomatie auf Schritt und Tritt durchkreuzen. Auch die politische Entwicklung der Länder Europas selbst kommt den kapitalistischen Regierungen nur zum Bewußtsein, wenn sie an den vollendeten Tatsachen sich die Köpfe einrennen — denn im umgekehrten Falle, wenn eine unvorhergesehene Entwicklung sie in die Höhe bringt, so glauben sie doch, sie hätten es gemacht.

Wie kommt es zum Beispiel, daß die französische Regierung jetzt auf eine steigende politische Autorität des französischen Staates hinblicken kann? Sie dankt das der neuen Verteilung der politischen Kräfte Europas. Wodurch wird diese hervorgerufen? Durch die Ausschaltung des Zarenreichs aus der Reihe der Großmächte. War dies das Ergebnis einer zielbewußten Politik der französischen Regierung? Nein, es war das gerade Gegenteil von dem, was die französische Diplomatie beabsichtigte und erwartete. Die französische Regierung setzte ihre ganze Hoffnung auf die Steigerung der Macht des zarischen Rußlands. Ein verlockendes Bild schwebte vor den Augen der französischen Bourgeoisie: unter dem Schutze des russischen Absolutismus wollte sie den russischen Bauern bis aufs Hemd ausziehen und den russischen Arbeiter bis aufs Blut ausbeuten, und mit Hilfe der russischen Armee gedachte sie ihre großen politischen Pläne zu verwirklichen, wobei sie sich nur noch darüber unschlüssig war, ob das in Asien, Afrika oder Europa geschehen sollte. Frankreich bezahlte die russischen Schulden, aber solange die Macht des Zarentums im Steigen war, hatte es, wie Faschoda zeigte, das Nachsehen. Als die militärische Macht des zarischen Rußlands zusammenbrach, war der Verlust scheinbar auf seiten Frankreichs wie auf seiten Deutschlands der gleiche: auf beiden Seiten verschwand eine Illusion, mit der man als einem gewichtigen politischen Faktor rechnete. Aber da eine Größe wegfiel, konnte eine neue Gruppierung der Kräfte eintreten, und die Machtverschiebung vollzog sich zuungunsten Deutschlands, weil die Interessengegensätze der übrigen Industriestaaten zu Deutschland am größten sind. Damit ist der Abschluß einer Entwicklung erreicht, die mit der Revolution von 1848 einsetzt.

Bis 1848 gab es in Frankreich einen großen Gedanken, der trotz der immer schärfer hervortretenden Gegensätze die Nation zusammenhielt: die Revolution. In der Junischlacht besiegte die französische Bourgeoisie das französische Proletariat und verriet damit ihre eigene Revolution. Damit wurde die Grundlage gelegt zu jener Zermürbung der nationalen Kraft, die erst zum Regime Napoleons III., dann zur Katastrophe von 1870 führte. Der Verrat der französischen Bourgeoisie gab bekanntlich den Anstoß zur Konterrevolution in den übrigen Staaten Europas. Wie dort die Bourgeoisie das Proletariat, so besiegten hier die Regierungen die Völker. Die Macht und das Ansehen der reaktionären Regierungen stiegen ungemein. An Stelle des

revolutionären Frankreichs, das die Völker führte, übernahmen Rußland und Preußen die politische Leitung Europas. Das heißt mit anderen Worten: das politische Übergewicht in Europa gewinnen die rückständigen Staaten, in denen die Industrie noch nicht so weit vorgeschritten war und die Regierung ihre Armee sowohl auf den herrschenden Adel wie auch auf eine stumpfe Bauernmasse stützen konnte.

Damit zugleich trat an Stelle der Revolutionen eine neue Kriegsära. Das ist sehr begreiflich: die Probleme der Revolution sind Probleme der inneren politischen Entwicklung der Staaten, die Politik der konservativen Regierungen geht auf ihre äußere Machtentfaltung hinaus. Zar Nikolaus I., der sich nach dem Fiasko der Märzrevolution als Herr von Europa aufspielt, geht zuerst vor, um der Türkei das Schicksal Polens zu bereiten; das Elend der russischen Zustände bringt aber im Krimkrieg seine Macht zum Scheitern. Damit ist, neben der Schwächung Frankreichs durch den Zwiespalt der Nation, ein neuer Faktor gegeben, der Preußen zugute kommt, das nunmehr ungestört seine Annexionen durchführt. Aber hinter dem Triumphwagen Preußens wird in Staub und Blut die deutsche Freiheit geschleift.

Nach dem Sieg über Österreich läßt sich auch die deutsche Bourgeoisie von Bismarck besiegen. Nunmehr kommt der Deutsch-Französische Krieg und die Gründung des Reiches. Man weiß, was folgte. Die Sieger über die deutsche Revolution wurden zu Herrschern über das Reich. Die besiegte Bourgeoisie schloß sich ihnen verräterisch an — so entstand der Nationalliberalismus.

Von nun an übernimmt das Deutsche Reich die Hegemonie in Europa. Deutschland herrscht in Europa, und Preußen kommandiert über Deutschland. Diese Herrschaft ist zugleich die Herrschaft eines politischen Prinzips: die Herrschaft der Militärgewalt über die Revolutionen, der Regierungen über die Völker. Es ist die Anbetung der Kriegsgewalt und des Säbelregiments, verkörpert durch das Deutsche Reich und seinen eisernen Kanzler. Es war ein blutiger Rausch, der mit Deutschland das gesamte kapitalistische Europa erfaßte. Krieg zieht Krieg nach sich, wie Revolution — Revolution. Angesichts der militärischen Gewalt und des Kriegstaumels in Deutschland waren Kriegsrüstungen der übrigen Staaten unvermeidlich. Aber darüber hinaus wurde die rein materielle Gewalt der Armee zum leitenden politischen Prinzip erhoben. Überall wurden Armeen gedrillt, während die Interessen der inneren politischen Entwicklung der Länder ignoriert wurden. Armeen und Steuern, um sie zu bezahlen; mit der Unzufriedenheit der Volksmassen rechnete man nicht. Wie die Regierungen, glaubte auch die Bourgeoisie eine unfehlbare politische Antwort den Massen gegenüber zu besitzen und drohte ihnen nicht minder oft mit dem Massaker, als diese vor 1848 mit dem Aufstand drohten. War in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Revolution das Schreckgespenst der Regierungen, so wurde in seiner zweiten Hälfte die Armee zum Schreckgespenst der Völker.

So durchlebte Europa unter preußischer Führung ein weiteres Vierteljahrhundert des Militärregimes und der politischen Stagnation.

Das Deutsche Reich blieb in der Form, in der es 1870 auf dem Kriegsfelde zusammengeleimt wurde. Die Armee und das Strafgesetzbuch, das sind die Grundpfeiler der deutschen Einheit. Darüber hinaus ist das Reich eine abstrakte Idee, ein Staat ohne Staatsgebiet, denn abgesehen von dem schmalen Streifen Elsaß-Lothringen gehört das Land den Bundesstaaten, die sich in

seine Verwaltung teilen. Weder die Eisenbahnen noch Post und Telegraphie sind einheitlich für das ganze Reich. Das Steuersystem ist in der größten Verwirrung, wobei das Reich und die Bundesstaaten bei jedem Anlaß in Gegensatz zueinander geraten. Die Gesetzgebung ist geteilt; aber selbst wo die Gesetze vom Reich herrühren, werden die Richter von den Bundesstaaten gestellt. Die Reichsverfassung kennt keine Reichsregierung — keine Ministerressorts, kein Ministerkabinett. Statt dessen gibt es dreierlei. Da ist zunächst der Bundesrat, der Ausschüsse aus seiner Mitte für die verschiedenen Staatsangelegenheiten bildet. Aber diese Ausschüsse sind bloß Vertretungen der Bundesregierungen, kein Reichsministerium. Auch steht dem Bundesrat nur die Kontrolle über die Ausführung der Gesetze zu, nicht diese Ausführung selbst. Zweitens, der Reichskanzler. Er führt den Vorsitz im Bundesrat und leitet seine Geschäfte: so weit geht seine Kompetenz noch nicht über die des Bundesrats hinaus. Drittens, der Kaiser, dem die eigentliche Regierungsgewalt zusteht; seine Anordnungen bedürfen jedoch der Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Kraft seiner Befugnis, die Reichsbeamten zu ernennen, stellt der Kaiser dem Reichskanzler Staatssekretäre zur Verfügung — sie sind die Diener der Krone und die Gehilfen des Reichskanzlers. Der Kaiser ernennt auch den Reichskanzler. Die Folge dieser Zustände ist erstens die Desorganisation der Regierungsgewalt, die nur durch die Person — des Kaisers oder des Kanzlers — geeinigt erscheint, und zweitens ein Kampf um die Macht zwischen Kaiser und Kanzler. Es handelt sich demnach nicht bloß um die Ernennung und die Verantwortlichkeit der Minister. Der Fall liegt vielmehr so, daß es im Reich überhaupt keine Ministerien gibt, sondern die Regierungsgeschäfte persönlich, sei es vom Kaiser oder vom Kanzler, geleitet werden, allerdings unter der Zuhilfenahme eines Heeres abhängiger Beamten.

Ich habe bei diesen staatsrechtlichen Erörterungen etwas länger verweilt, weil ja die politische Krisis im Reich sich auf die Frage des persönlichen Regiments zugespitzt hat. Das ist aber bloß die parlamentarische, äußerst ungenügende Erscheinungsform der Krisis, ihr Wesen liegt viel tiefer.

Die deutsche Bourgeoisie hat sich in keiner Weise um die politische Entwicklung des Reiches gekümmert. Vor allem wurde ihre Aufmerksamkeit durch andere Interessen in Anspruch genommen. Die Einigung Deutschlands, trotzdem sie unvollständig blieb, erwies sich als gewaltiger Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Industrie kam in die Höhe. Die erlangte große politische Autorität des Reiches half ihrerseits der Entwicklung des deutschen Welthandels. Der kriegerische Ruhm, die erlangte Machtstellung hoben das Selbstbewußtsein der deutschen Bourgeoisie und steigerten deren Unternehmungsgeist. Diese Faktoren, unterstützt durch den Handelsverkehr mit Amerika, den die deutsche Auswanderung förderte — die ihrerseits das Ergebnis der Proletarisierung der Bauernmassen und des Handwerkertums war —, alles das bewirkte, daß der deutsche Handel, trotz der wirtschaftlichen Depression der siebziger und achtziger Jahre, in aller Welt vordrang und in allen Handelsplätzen sich einnistete. Das war die Arbeit der deutschen Bourgeoisie während dieses Zeitraums.

Es war eine wirtschaftliche Unterminierungsarbeit. Nachdem sie vollendet war, setzte die entwickelte deutsche Großindustrie ihre Hebel an. Das Ergebnis dieses Kampfes gegen alle Welt ist — Gegenkampf. Die deutsche Konkurrenz macht sich auf allen Märkten geltend. Das deutsche Kapital ist an allen

politischen Verwicklungen mit beteiligt. Und die gesamte Welt lehnt sich gegen Deutschland auf.

Die deutsche Bourgeoisie unterließ es, das Reich durch innere politische Ausgestaltung zu festigen — inzwischen schuf ihm die kapitalistische Entwicklung auf allen Seiten Feinde.

Ein übriges, um Deutschland von aller Welt zu isolieren, tat die Schutzzollpolitik. Da die deutsche Bourgeoisie die Interessen der Revolution preisgab, so mußte sie den ersten Platz im Staate den Siegern über die Revolution einräumen, den Junkern. Diese präsentierten dem Staate die Rechnung für ihre Henkersarbeit. Mit ihnen im Bunde waren bekanntlich die Eisenindustriellen. Die Eisenindustrie ist interessiert an der Bereicherung des Fiskus, da sie für den Militarismus arbeitet. Sie ist schon aus diesem Grunde für neue Steuern und Zölle zu haben. Außerdem sichert sie sich als stark konzentrierte Industrie die Möglichkeit, unter dem Schutze der Zölle durch Preistreiberei den Staat zu übervorteilen und die gesamte Industrie von sich abhängig zu machen. So kam eine Handelspolitik zustande, die den Interessen der deutschen Industrie, die immer neue Handelsverbindungen schuf und sich zu einer Weltproduktion entwickelte, schnurstracks zuwiderlief und die Gegensätze in den internationalen Beziehungen des Reiches verschärfte.

Und immer wieder erscheint die Militärgewalt als die einzige Staatsräson. Die Arbeitermassen protestieren gegen dieses Regime. Sie werden unterdrückt. Die deutsche Bourgeoisie hilft, die deutsche Freiheit noch mehr einzuschränken, und untergräbt die Kraft der Nation durch die Verschärfung des Klassenkampfes.

Der Sturz Bismarcks offenbarte bereits das Fiasko dieser Staatspolitik. Von dem Tag an beginnt die Abrechnung der Geschichte mit einer Politik, die zielbewußt auf eine Vergewaltigung der sozialen Entwicklung Europas hinausging.

Bismarck war durchaus konsequent in seinem Kulturkampf wie in dem Sozialistengesetz. Seine politische Zentralidee war der allgewaltige Militärstaat. Neben diesem konnte er keine andere Autorität dulden, also auch nicht die der katholischen Kirche. Daß diese Autorität unter dem Einfluß der sozialen Entwicklung von selbst verschleißt, lag außerhalb seiner sozialen Erkenntnis. Und warum sollte er nicht glauben, mit der Sozialdemokratie ebenso fertig werden zu können, wie er mit der bürgerlichen Revolution fertig geworden war? Doch diesmal stieß er auf andere Volksmassen. Andererseits hat jede Gewaltpolitik Grenzen ihrer Wirksamkeit, und Bismarck hat sie intensiv genug ausgenützt. Es erwies sich zugleich, daß auch sein persönliches Kanzlerregiment bereits den Bogen zu straff gespannt hatte. Die unbestimmte Stellung der Regierungsgewalt in der Reichsverfassung, die ihm persönlich als Kanzler so sehr zugute kam, machte nunmehr, umgekehrt, seinen Sturz zu einem leichten Spiel.

Die neue Regierung, da sie in einen Gegensatz zu Bismarck trat, versuchte zunächst eine neue Politik. In der Handelspolitik haben wir dieser Periode die Caprivischen Handelsverträge zu verdanken. Bald jedoch zeigte es sich klar, daß man, um diese Handelspolitik fortzusetzen, vor allem mit der Junkerherrschaft brechen muß. Davor wich die Regierung ängstlich zurück. Noch rascher vollzog sich die Umkehr in der inneren Politik. Hier versuchte die Regierung erst, sich den Arbeitern anzubiedern. Sie förderte damit bloß das Ansehen der Sozialdemokratie. Während die Regierung glaubte, mit

einem bißchen Wohlwollen auskommen zu können, fand sie bei den Arbeitern jene Forderungen der Demokratie, die sie längst überwunden zu haben glaubte. Ein Gegensatz zum Regierungssystem tat sich auf, der bis auf die Märzrevolution zurückführte. Nichts war vergessen, das Totgeglaubte lebte wieder auf, das Proletariat präsentierte die große Rechnung der bürgerlichen Revolution, aber nicht mehr im Namen der Bourgeoisie, sondern im Interesse seines eigenen Klassenkampfes, der sich gegen die gesamte bürgerliche Staatsordnung wandte. Da suchte die Regierung wieder Rettung im System Bismarck. Aber der Glaube an dieses System war bereits auch in den bürgerlichen Kreisen erschüttert — die Regierung bekam die gewünschten Zwangsgesetze nicht.

Indessen kam es in den anderen Kulturstaaten Europas zu einer schroffen Wendung der Regierungspolitik. Zuerst in Frankreich, dann in Italien, dann in Österreich. In allen diesen Staaten ging der Änderung der Politik ein eklatanter Zusammenbruch des Regierungssystems voran. In Frankreich deckte die Affäre Dreyfus auf, daß die Armee in die Hände einer Clique ausgeliefert wurde, deren Intrigenspiel und selbstsüchtige Interessen für das Land keine geringere Gefahr darstellten, als jenes persönliche Regiment, um das jetzt in Deutschland gestritten wird. In Italien zeigte der Zusammenstoß mit Abessinien die geringe Zuverlässigkeit der Armee, während die unaufhörlichen Korruptionsprozesse die Verwahrlosung der Staatsverwaltung aufdecken. In Österreich kam man so weit, daß die Regierung vollkommen isoliert stand und nicht einmal auf die Armee, in der die nationale Zersetzung immer mehr um sich griff, sich stützen konnte. Überall sah man ein, daß man Anschluß an die Volksmassen suchen müsse.

Nur in Deutschland hielt man noch immer fest an den aus dem Sieg über die Revolution entnommenen Regierungsmaximen. Bevor Deutschland politisch „eingekreist" war, wurde es deshalb erst als der reaktionärste Staat Westeuropas isoliert. Die ganze Politik der Ära Bismarck seit der Märzrevolution führte dazu, das offizielle Deutschland bei den Völkern unbeliebt zu machen. Es wäre verfehlt, das ignorieren zu wollen. Wenn man in den deutschen Regierungskreisen sich über die mangelnden Sympathien Europas beklagt, so können die Völker Europas mit Recht dem entgegenhalten: „Wofür sollen wir euch unsere Sympathien entgegenbringen? Dafür, daß ihr die Revolution besiegt? oder dafür, daß ihr Frankreich gedemütigt habt? oder dafür, daß ihr euer eigenes Volk unterdrückt? oder dafür, daß ihr die Reaktion in ganz Europa unterstützt?" Gewiß, es ist eine Animosität in Europa gegen Deutschland vorhanden — nicht gegen das deutsche Volk, aber gegen die deutsche Regierung und jene Kreise, auf die sie sich stützt. Die Solidarität des Proletariats aller Nationen wirkt dem entgegen, aber freilich unter der Voraussetzung, daß das deutsche Proletariat, das selbst am meisten unter diesem Regierungssystem zu leiden hat, es auf das schärfste bekämpft.

Wenn wir in den Anfängen der Regierungszeit Wilhelms II. den schüchternen Versuch zu verzeichnen haben, sich von den Bismarckschen Traditionen freizumachen, so verfällt das Regime bald darauf in ein blindes Nachäffen der Politik Bismarcks. Doch hat die Gewaltpolitik, wie wir gesehen haben, schon unter Bismarck versagt; jetzt blieb nur ihre äußere Erscheinungsform, das Kraftmeiertum. Man lebte vom Ansehen der Ära Bismarck, indessen ihre Machtunterlagen schwanden.

Was in Frankreich durch den blutigen Zusammenstoß zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der Revolution mit einem Schlage geschah, der Zerfall der Nation und die Verschleißung der nationalen Kraft, das vollzog sich in Deutschland im Laufe einer langsamen, aber regelrechten Entwicklung. Die mangelnde Demokratie beziehungsweise die politische Reaktion und die Verschärfung der Klassengegensätze entfremdeten die Arbeitermassen dem Staate. Das war die doppelte Schuld der deutschen Bourgeoisie.

Die Armee wurde entseelt durch den Fortfall des nationalen Gedankens, der sie noch 1870 begeisterte.

Indessen begnügte man sich nicht mit der Machtstellung Deutschlands in Europa, man wollte aus Deutschland eine Seemacht bilden, die stark genug wäre, die Welt zu beherrschen. Damit begab man sich aber auf ein Gebiet, auf dem die Machtverhältnisse für Deutschland von vornherein ungünstig lagen.

Als Landmacht hatte Deutschland die geschichtliche Erfahrung und die Tradition der Erfolge — als Seemacht nichts von alledem. Als Landmacht konnte es sowohl England wie Frankreich durch seine Volkszahl imponieren — für seine Stellung als Seemacht kam die Volkszahl viel weniger in Betracht. Zur See hatte England unbedingt das Übergewicht schon durch seine Kriegsmacht. Vor allem aber beruht Englands Suprematie zur See auf seinen maritimen Stützpunkten, während Deutschland solche vollkommen mangeln. Man mochte in Deutschland noch so sehr versichern, daß man nicht daran denke, in einen maritimen Wettbewerb mit England zu treten, so hatte doch der ganze Kriegsflottenbau keinen Sinn, wenn man nicht entschlossen war, seine weltpolitischen Pläne eventuell auch gegen den Willen Englands durchzusetzen. Aber freilich, erst nachdem die Kriegsflotte Rußlands vernichtet und seine militärische Macht zusammengebrochen war, nachdem Frankreich sich mit England verbunden hatte, da erst ist man sich in Deutschland voll bewußt geworden, daß man England eigentlich nicht ein Härchen hat krümmen wollen. Denn nunmehr stand man vor dem offenbaren Bankrott der ganzen deutschen Seemachtspolitik. Was man auch anfängt, überall findet man die Wege durch England verlegt und muß sich eingestehen, daß man gegen den englischen Widerstand nicht aufzukommen vermag.

Der Zusammenbruch des russischen Absolutismus, der so verhängnisvoll für Deutschland wurde, war seinerseits kein Zufall. Nach dem Krimkrieg begann bekanntlich auch in Rußland eine Reformära. Diese Reformen blieben Flickwerk, in der Hauptsache gewiß aus inneren Gründen, deshalb aber nicht minder unter dem Einfluß der allgemeinen politischen Stagnation in Europa, die überall ein System der politischen Unzulänglichkeiten aufrechterhielt. Getreu den Traditionen der europäischen Konterrevolution sah der Zarismus sein ein und alles in der Armee. Gerade deshalb ließ ihn in der Stunde der Not die Armee im Stiche. Es zeigte sich, daß die Stärke der Armee in ihrem Geiste liegt, der unzertrennbar ist vom Geiste des Volkes, daß das kleinkalibrige Gewehr als politisches Gegenstück die Freiheit des Volkes erheischt.

Die russische Revolution eröffnete eine neue Entwicklung. Diese ist noch nicht vollendet, aber das Verbrechen an Europa, das der Zarismus beging, indem er half, die Märzrevolution niederzukämpfen, hat das russische Volk in seinen heldenmütigen Revolutionskämpfen reichlich gesühnt: es hat die wichtigste Bresche gebrochen in das System der Reaktion, das Europa seit mehr als einem halben Jahrhundert beherrschte.

Der politische Bankrott des Zarismus hat die Schwäche Deutschlands nicht erst erzeugt, aber er hat sie aufgedeckt. Diese Schwäche zeigte sich natürlicherweise zuerst dort, wo Deutschland die geringsten Stützpunkte hatte — auf dem Wasser. Das Kaiserinterview erregte deshalb so viel Erbitterung und Mißmut in den bürgerlichen Kreisen, weil es die Ohnmacht Deutschlands aufdeckte. Worauf dann die Bourgeoisie ihre eigene Ohnmacht und die innere Schwäche des Reiches aufdeckte.

Vielleicht das am meisten Kennzeichnende in dem ganzen Tohuwabohu, das der Publikation des Interviews nachfolgte, war die Haltung der Bundesregierungen, die diesmal es wagten, gegen den Kaiser aufzutreten. Durch die Siege Preußens wurde den Bundesfürsten samt und sonders ein heilloser Respekt eingejagt. Nach 1870 wagten sie nicht mehr aufzumucken. Schon betrachteten sie sich als die Untergebenen des Königs von Preußen. Daß sie sich diesmal in der Opposition zusammenfanden, zeigt, wie sehr die Autorität Preußens gesunken ist. Gefährlich wurde das für das preußische Regiment freilich noch lange nicht.

Was sonst beim Konflikt mit der Krone zum Ausdruck kam, war Ratlosigkeit und Haltlosigkeit. Erreicht wurde nichts, aber das Fiasko des Regierungssystems ist vollendet: es hat sein Ansehen nach außen wie nach innen verloren.

Das Kaiserinterview, der Lärm gegen das persönliche Regiment und die Unfähigkeit der Bourgeoisie, Wandel zu schaffen, alles zusammen hat eine derartige Zerfahrenheit und Schwäche der Reichspolitik gezeigt, daß das Ganze für England mehr wert ist als eine gewonnene Schlacht.

Indessen erklärt der Kanzler des Reiches, die Dinge in der Welt seien „in Fluß geraten". Tatsächlich bringt jeder Tag Kunde, daß überall in der Welt die Gegensätze aufeinander geraten. Die Zeit ist gekommen, wo die Staaten die Prüfung abzulegen haben auf ihre innere Festigkeit.

Welches Bild aber zeigt das Reich?

Seine Machtstellung ist erschüttert. Sein Ansehen ist geschwunden. Die Regierungsgewalt ist desorganisiert, der Staat unvollendet, in konfuser Verfassung.

In dem Moment, wo man die nationale Begeisterung braucht, findet man Verdruß, Zerwürfnisse, Klassenkampf.

In dem Moment, wo man die Armee braucht, ist diese in eine Spielerei ausgeartet.

In Deutschland sind die Dinge am schlimmsten, weil hier die Errungenschaften der Revolution sehr gering waren, weil es unter Preußens Führung die ganze Zeit im Angelpunkt der europäischen Reaktion stand und, durch die Siege berauscht, am hartnäckigsten das verderbliche Militärregime unterhielt und noch immer sich von ihm nicht zu befreien vermag.

Fassen wir zusammen! Nach dem Siege über die 1848er Revolution glaubte die Bourgeoisie, mit Hilfe der Armee gegen das Volk regieren zu können. Das war eine vollständige Wendung ihrer Politik, da sie früher ihre Macht auf die Revolutionen basierte, die sie mit dem Volke durchführte. Das Ergebnis dieser neuen bürgerlichen Politik war, daß die Regierungen zur Herrschaft über die Parlamente gelangten. Der Parlamentarismus selbst wurde zu einem Schemen, zu einer Form ohne Inhalt, nachdem man das Eingreifen der Volksmassen, das Korrektiv der Revolution ausschaltete. Es

entstand eine neue Bureaukratie mit ihrer Cliquenherrschaft, ihrem Intrigenspiel und ihrer Korruption. Schließlich zeigte es sich, daß man wohl ohne das Volk und gegen das Volk den Staat regieren, aber nicht ohne das Volk Krieg führen kann. Nunmehr steht die Bourgeoisie in Deutschland wie in ganz Europa vor dem Problem, den Staat demokratisch zu entwickeln, wenn sie seine Machtentfaltung steigern will. Sie fürchtet aber die Demokratie.

In den anderen parlamentarischen Staaten sahen sich die Regierungen, wie bereits erwähnt, veranlaßt, Konzessionen an die Volksmassen zu machen. Es gelang ihnen deshalb freilich nicht, die Nation zu einigen. Die Frage wirft sich von selbst auf, ob die Bourgeoisie in den entwickelten kapitalistischen Staaten überhaupt noch imstande ist, für irgend einen nationalen Zweck Begeisterung zu erzeugen, die Volksmassen in Bewegung zu setzen. Die Klassengegensätze, die Sozialdemokratie und die Sünden von 1848 stehen ihr im Wege. So viel aber ist auf jeden Fall klar, daß, wenn sie etwas erreichen soll, sie es nur noch auf dem Wege der Demokratie erreichen kann. Außerhalb dieser ist der politische und militärische Zerfall, ist die Auflösung des Staates.

Die Demokratie aber kann, bei der nunmehrigen sozialen Zusammensetzung der Nationen, nicht umhin, vor allem mit dem Proletariat zu rechnen.

Das gibt uns den Ausgangspunkt, um die Taktik zu bestimmen, die das Proletariat angesichts der politischen Wirrnisse in Europa einzuschlagen hat.

(Schluß folgt.)

Die Agrarpolitik der russischen Regierung.

Von **A. Morosoff** (Petersburg).

I.

Wenn man die Tätigkeit des konterrevolutionären Ministeriums Stolypin überblickt, springt als ihr Charakteristikum folgendes in die Augen: In den Städten ist sie eine lediglich zerstörende und beschränkt sich auf Maßregeln, die eine Unschädlichmachung der Feinde der alten Staatsordnung und Vernichtung ihrer Positionen, wie demokratische Verbände und oppositionelle Presse, bezwecken. Im Dorfe liegt die Sache ganz anders — hier ist die Regierung, unabhängig von dieser Tätigkeit rein destruktiven Charakters, eifrig mit der Durchführung eines sehr positiven Agrarprogramms beschäftigt.

Die Ursachen dieser Doppelpolitik sind leicht zu enträtseln. Die Bauernschaft bildet den maßgebenden Faktor einer jeden Revolution in Rußland; ihr kommt in dem großen Streite zwischen dem jungen und alten Rußland die entscheidende Stimme zu. Es liegt also durchaus im Interesse der Regierung, durch eine Absplitterung der Bauern von der revolutionären Bewegung der letzteren ihre besten Säfte zu entziehen. In der weisen Einsicht, daß sich dieses Ziel mit Repressalien allein nicht erreichen läßt, hat die Bureaukratie zu Agrarreformen ihre Zuflucht genommen.

Die Agrarfrage ist in den Jahren 1905/06 auf die Tagesordnung gesetzt worden. Man darf aber nicht glauben, daß auch die Agrarkrise erst in den letzten Jahren entstanden sei. Wirtschaftliche Erschöpfung, chronischer Brotmangel, periodische Hungerjahre, kolossale Sterblichkeitsziffern sind schon längst die ständigen Begleiterscheinungen des Bauerndaseins in Rußland, wurden